



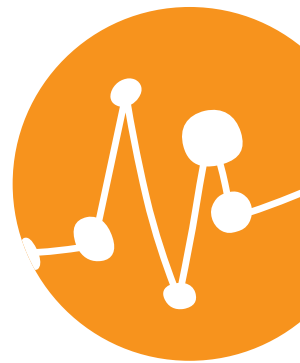
CPHP

Centre for
Planetary Health
Policy

Chemiepolitik ist Gesundheitspolitik

Kommentar K-02-2023

DOI: 10.5281/zenodo.8361396



Dorothea Baltruks



Annkathrin von der Haar

Umweltverschmutzung stellt neben dem Klimawandel und dem Biodiversitätsverlust die dritte große vom Menschen verursachte planetare Krise unserer Zeit dar.^{1,2} Insbesondere entlang der Wertschöpfungskette von Chemikalien gelangen tonnenweise schädliche und teilweise langlebige Stoffe in Boden, Wasser und Luft. Die Chemieindustrie trägt zudem mit einem Ausstoß von 6,3% der globalen Treibhausgasemissionen maßgeblich zur Verschärfung der anderen planetaren Krisen bei.³

Am 25. September 2023 beginnt die Fünfte Weltchemikalienkonferenz (ICCM5) unter Schirmherrschaft der deutschen Bundesregierung in Bonn. Dort soll ein neues internationales Rahmenwerk für einen verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit Chemikalien verabschiedet werden. Ein Blick auf die aktuellen Zahlen macht schnell deutlich, warum dieser Termin auch bei politischen und Gesundheitsakteur:innen im Kalender stehen sollte.

Die gesundheitlichen Risiken von Chemikalien

Derzeit sind etwa 100.000 Chemikalien auf dem Markt, die in der Landwirtschaft, in industriellen Prozessen, aber auch in unzähligen Produkten des täglichen Lebens zu finden sind.⁴ Ein groß angelegtes Monitoring, unter Beteiligung des Umweltbundesamtes, weist für den europäischen Raum auf eine „alarmierend hohe“ Belastung durch Chemikalien für die Bevölkerung hin, insbesondere für vulnerable Gruppen wie Frauen und Kinder.⁵ Diese kann zahlreiche direkte sowie indirekte Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, die anderer Lebewesen und von Ökosystemen haben.⁶

Laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation für das Jahr 2019 sind weltweit mindestens zwei Millionen Todesfälle auf den Kontakt mit Chemikalien zurückzuführen, verursacht insbesondere durch Herz-Kreislauf-, Krebs- und Lungenerkrankungen.⁷ Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Krankheitslast unterschätzt wird, da einerseits nur ein kleiner Teil der auf dem Markt befindlichen Chemikalien adäquat auf dessen umwelt- und gesundheitsbezogene Toxizität und Sicherheit getestet wird.⁸ Andererseits sind die Kombinationswirkungen von Chemikalien noch weitestgehend unerforscht.⁹

„Laut Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation für das Jahr 2019 sind weltweit mindestens 2 Millionen Todesfälle auf den Kontakt mit Chemikalien zurückzuführen, verursacht insbesondere durch Herz-Kreislauf-, Krebs- und Lungenerkrankungen.“

Die gesundheitlichen Auswirkungen der Umweltverschmutzung durch Chemikalien sind weltweit unterschiedlich stark spürbar. So sind beispielsweise Menschen aus Ländern mittleren oder niedrigeren Einkommens, in denen viele der chemischen Stoffe produziert und verarbeitet werden, unverhältnismäßig stark von den Gesundheitsfolgen betroffen. Durch unzureichenden Arbeits- und Umweltschutz kommen Beschäftigte in der Produktion häufiger direkt in Kontakt mit Chemikalien. Gleichzeitig führen die chemischen Rückstände, die entlang der Wertschöpfungskette von Chemikalien in Wasser, Luft und Böden entstehen, zu einer stärkeren Belastung von Ökosystemen, Tieren und Menschen.

Das Anfang 2023 eingeführte Lieferkettensorgfaltpflichtengesetz soll die Menschenrechtsverletzungen reduzieren, wobei zivilrechtliche Haftung ausgeschlossen und nur direkte Zulieferer eingeschlossen sind. Die von der EU-Kommission entworfene Lieferkettenrichtlinie (Corporate Sustainability Due Diligence Directive) sieht vor, die gesamte Lieferkette zu regulieren und sowohl Menschenrechts- als auch Klima- und Umweltstandards deutlich zu verbessern.¹⁰

Währenddessen hat sich die Produktionskapazität der weltweit agierenden Chemieindustrie in den Jahren 2000 bis 2017 verdoppelt. Zu erwarten ist, dass sich ihr Umsatz von 2017 bis 2030 noch einmal verdoppeln wird.¹¹

Chemikalien im Gesundheitswesen: Die pharmazeutische Industrie im Fokus

Für das Gesundheitswesen selbst ist die Verwendung vieler Chemikalien unverzichtbar, vor allem in Form von Arzneimitteln und als Teil von Medizinprodukten. Zwar werden die direkten Wirkungen auf die menschliche Gesundheit in der Arzneimittelzulassung streng kontrolliert. Dennoch sind die Wirkungen von Arzneimittelrückständen in Gewässern und auf die Ökosysteme, in die sie gelangen, in vielen Fällen nicht gut erforscht.¹²

Darüber hinaus fehlt es vor allem bei Arzneimitteln, die vor der Einführung der Umweltverträglichkeitsprüfung für Humanarzneimittel 2006 zugelassen wurden, oft an verlässlichen, transparent zugänglichen Daten und Informationen über Umwelt- und Produktionsbedingungen entlang ihrer Wertschöpfungskette. Die von der Europäischen Kommission im Frühjahr vorgeschlagene Reform der Arzneimittelgesetzgebung würde dies zumindest anlassbezogen einführen und sollte daher von der Bundesregierung unterstützt werden.¹³

Die Verhandlungspunkte der Weltchemikalienkonferenz

Hauptgegenstand der ICCM5 ist es, eine internationale Folgevereinbarung für den 2006 eingeführten *Strategischen Ansatz zum Internationalen Chemikalienmanagement* (SAICM) zu verhandeln, dessen Zielsetzung 2020 endete. Der SAICM stellt das einzige, wenn auch rechtlich nicht bindende, umfassende Rahmenwerk des internationalen Chemikalienmanagement zum Schutz der Umwelt und Gesundheit dar. Durch den SAICM sollen weltweit staatlich institutionalisierte Chemikalienkontrollsysteme etabliert werden, die den gesamten Lebenszyklus von Chemikalien einbeziehen. Auf diese Weise

sollen die negativen Auswirkungen von Chemikalien auf Ökosysteme, die menschliche und die Tiergesundheit minimiert werden.¹⁴

Bislang führten die fehlende Verpflichtung, eine mangelhafte Verantwortungsübernahme der chemischen Industrie, wenig politisches Interesse und somit eine unzureichende Regulierung und Finanzierung dazu, dass eine adäquate und international flächendeckende Umsetzung des SAICM bisher ausgeblieben ist. Insbesondere in Ländern mit niedrigen oder mittleren Einkommen mangelt es an regulierenden Umwelt- und Arbeitsschutzvorschriften.¹⁵

Bei der Weltchemikalienkonferenz in Bonn müssen nun entsprechend ambitionierte Schritte gegangen werden,

„Bei der Weltchemikalienkonferenz müssen ambitionierte Schritte gegangen werden, um eine ökologische Transformation entlang der Wertschöpfungskette von Chemikalien voranzubringen.“

um eine ökologische Transformation der Sektoren entlang der Wertschöpfungskette von Chemikalien voranzubringen. Um die Ziele für nachhaltige Entwicklung nicht vollends zu verfehlen, ist ein international nachhaltiges Chemikalienmanagement dringend notwendig.

Die wichtigsten Prioritäten für deutsche Entscheidungstragende in Politik und Gesundheitswesen sind hierbei:

- 1. Den Bedarf an Chemikalien senken:** In vielen Bereichen ist durch Effizienzgewinne und alternative Praktiken eine Reduktion von gesundheits- und/ oder umweltschädlichen Chemikalien möglich.
- 2. Unsachgemäße Entsorgung vermeiden:** Durch Sammelstellen (z.B. in Apotheken), klare Informationen und Aufklärung könnte die Verschmutzung von Ökosystemen durch unsachgemäße Entsorgung von Arzneimittel und anderen chemischen Produkten reduziert werden.
- 3. Das Vorsorgeprinzip im gesamten Lebenszyklus von Chemikalien in den Vordergrund stellen:** Insbesondere im Gesundheitswesen ist der größte Hebel hierfür die Förderung von Prävention und Gesundheitsförderung. Diese kann die Krankheitslast und damit den Bedarf an Arzneimitteln und anderen Behandlungen reduzieren.¹⁶
- 4. Die Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsgefahren in der gesamten Wertschöpfungskette reduzieren:** Dies beinhaltet beispielsweise auch die Stärkung der internationalen Transparenz innerhalb und außerhalb der Lieferketten.
- 5. Die Forschung und Datengrundlagen stärken sowie ausbauen:** Dabei sind insbesondere Wissenslücken in Bezug auf die Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit von Chemikalien zu schließen.
- 6. Die internationale sowie intersektorale Vernetzung von relevanten Akteur:innen aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft stärken:** Hierbei sollten vor allem auch Umwelt- und Gesundheitsgefahren berücksichtigt werden.



© CPHP, 2023

Alle Rechte vorbehalten

Centre for Planetary

Health Policy

Cuvrystr. 1, 10997 Berlin

Das CPHP ist eine unabhängige Denkfabrik, die zu Gesundheitspolitik und globalen Umweltveränderungen arbeitet.

Zitationsvorschlag:

Baltruks, D., von der Haar, A. (2023). *Chemiepolitik ist Gesundheitspolitik*. Berlin: Centre for Planetary Health Policy. Abrufbar unter: <https://cphp-berlin.de/chemiepolitik-ist-gesundheitspolitik/>

CPHP-Publikationen unterliegen einem dreistufigen internen Überprüfungsverfahren und geben die Auffassung der Autor:innen wieder.

Kommentare sind Meinungsbeiträge der jeweiligen Autor:innen. Vor dem Hintergrund der multiplen planetaren Krisen setzen sie sich kritisch mit aktuellen Fragen der politischen Steuerung öffentlicher Gesundheit auseinander und richten den Blick nach vorne.

info@cphp-berlin.de

www.cphp-berlin.de

Gefördert durch:

STIFTUNG
MERCATOR

Literatur

- 1 United Nations Environment Programme (2021). *Making Peace with Nature: A scientific blueprint to tackle the climate, biodiversity and pollution emergencies*. <https://www.unep.org/resources/making-peace-nature> [11.09.2023].
- 2 Persson, L., et al. (2022). Outside the Safe Operating Space of the Planetary Boundary for Novel Entities. *Environmental Science & Technology*, 56, 1510-1521.
- 3 Pathak, M., et al. (2022). Technical Summary. In: *Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change* [Shukla, P.R., Skea, J., Slade, R., et al. (eds.)]. Cambridge & New York: Cambridge University Press.
- 4 Umweltbundesamt (2023). *Chemikalien*. <https://www.umweltbundesamt.de/daten/chemikalien#strap1> [11.09.2023].
- 5 European Environmental Bureau (2023). *Largest ever public screening finds “alarmingly high” chemical exposure*. <https://eeb.org/european-citizens-alarmingly-high-chemical-exposure/> [11.09.2023].
- 6 Sachverständigenrat für Umweltfragen (2023). *Umwelt und Gesundheit konsequent zusammendenken*. https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2020_2024/2023_06_SG_Umwelt_und_Gesundheit_zusammendenken.html [11.09.2023].
- 7 World Health Organization (WHO). *The public health impact of chemicals: knows and unknowns – data addendum for 2019*. <https://www.who.int/publications/i/item/WHO-HEP-ECH-EHD-21.01> [11.09.2023].
- 8 Fuller, R., et al. (2022). Pollution and health: a progress update. *The Lancet Planetary Health*, 6(6), e535-e547.
- 9 European Environmental Bureau (2023). *Largest ever public screening finds “alarmingly high” chemical exposure*. <https://eeb.org/european-citizens-alarmingly-high-chemical-exposure/> [11.09.2023].
- 10 Europäische Kommission (2022) *Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit und zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937*. https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:bc4dcea4-9584-11ec-b4e4-01aa75ed71a1.0007.02/DOC_1&format=PDF [11.09.2023].
- 11 United Nations Environment Programme (2019). *Global Chemicals Outlook II: From legacies to innovative solutions*. <https://www.unep.org/resources/report/global-chemicals-outlook-ii-legacies-innovative-solutions> [11.09.2023].
- 12 Umweltbundesamt (2014). *Arzneimittel in der Umwelt – vermeiden, reduzieren, überwachen*. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/arzneimittel-in-der-umwelt-vermeiden-reduzieren> [12.09.2023].
- 13 European Commission (2023). *Reform of the EU pharmaceutical legislation*. https://health.ec.europa.eu/medicinal-products/pharmaceutical-strategy-europe/reform-eu-pharmaceutical-legislation_en [11.09.2023].
- 14 Umweltbundesamt (2023). *SAICM*. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/chemikalien/chemikalien-management/saicm> [11.09.2023].
- 15 International Pollutants Elimination Network (IPEN) (2023). *Setting boundaries to protect human health and the environment*. https://staging.saicm.org/sites/default/files/documents/SAICM_ICCM.5_INF_13.pdf [11.09.2023].
- 16 Wabnitz, K., Baltruks, D. (2023). *Prävention vor ambulant vor stationär: Für Gesundheit innerhalb planetarer Grenzen*. Berlin: Centre for Planetary Health Policy.